te „Technische Rundschau“ Morgen-Ausgabe Einzelnummer 20 Goldpfg. = 120 Mild. M.

nt wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“, nische Rundschau“, „Sportspiegel“, „ULK“, „Haus Hof Garten“. Bezugspreis: für die oom 18. bis 24. November 2 Goldmark (amtl. Kurs v. 17./11.) einschl. Zustellung d. die Postanstalt, im zahlbar; durch die Post 8,40 Goldmark monatl. exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. ndporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexped. u. die Postanst. in Deutsch-Oesterreich, Tschecho-l, Ungarn, der Schweiz, Luxemburg, Belgien, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, nd, Lettland, Estland; für alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband d. d. Exped. d. Bl. . Preiserhöhungen während der Bezugszeit vorbehalten. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprech. Entgelts. In Groß-n abonniert man bei d. Hauptexped. SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. d. Filialen. (Fern-: Dönhoff 3440—3455, für d. Fernverkehr 4207—4209.) Telegr.-Adresse: „Berlitbla“, Berlin. Rudolf Lode. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigenpreise: Die 12gespaltene Zeile mark, für Familien-Anzeigen 0.30 Goldmark, Nachrufe nach üblichem Tarif. Die Aufnahme von en an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 109; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Nathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 194; Frankfurter Allee 286 und 346; Bülowstraße 99; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstraße 1; Müllerstraße 133; Badstraße 61; Rheinbergerstraße 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 90; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halensee-Grunewald: Heinrichsplatz; Lichterfelde: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 5; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Reillestr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr 537 gabe für Berlin

und Handels-Zeitung

52. Jahrgang Mittwoch, 21. November 1923

Die politische Aussprache im Reichstag.

Die Redner der Opposition. — Lebhafte Szenen. — Die nicht gehaltene Reichskanzlerrede.

terbrechung der Verhandlungen

Der Kommunist Remmele als Störenfried.

Von

Erich Dombrowski.

Die gestrige Reichstagssitzung wurde gerade in dem enblicke, als, nach den beiden Rednern der Opposition, der hskanzler das Wort ergreifen wollte, jäh unterbrochen. z nach vier Uhr. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. gt hatte geendet und sich auf seinen Platz begeben. Stresemann erhob sich und schickte sich an, die nertribüne zu besteigen, als plötzlich der Kommunist enen zur Geschäftsordnung sprechen wollte. Der sident fuhr dazwischen: „Ich habe Ihnen bereits gt, daß jetzt der Herr Reichskanzler das Wort bemen hat.“ Die Kommunisten schlugen Lärm. nen: „Ich wollte nur feststellen, daß Polizei im Hause ist.“ emeine Unruhe. Der Präsident schwingt unaufhörlich die cke. Vergebens. Der Kommunist Remmele: „Sind in einem Parlament oder in einem Zuchthaus?“ Dreimal eit er es. Dreimal überschreit er sich. Die äußerste Linke . Das Echo auf der Rechten bleibt nicht aus. Brausend gen die Wogen der Erregung ans Gestühl des Präsidiums. Präsident Löbe ersucht Herrn Remmele, den Sitzungssaal en gröblicher Störung der Verhandlungen zu verlassen. kehrt sich nicht daran. Alle Abgeordneten sind aufgeregt, ihren Sitzen aufgestanden. Ueberall bilden sich Gruppen. n diskutiert. Man lärmt hüben und drüben. Was wird Präsident tun? Wird er den Ausgewiesenen durch Polizei dem Saal entfernen lassen? Nein. Der Präsident hebt Sitzung für eine Stunde auf. Aber dann? Wird r Remmele dann wieder erscheinen oder wird er der Ordnung des Hauses fügen? Der Vorfall ist in der lamentarischen Geschichte der letzten Jahre nicht neu. Im nuar 1921, als draußen vor dem Reichstagsgebäude, die ssen drohend aufzogen, um die Verabschiedung des Beebsrätegesetzes zu vereiteln, kam es drinnen, im Plenarl, zu demselben Zusammenstoß wie heute. Damals vertagte ließlich der Präsident Fehrenbach die Sitzung ganz, als hinauskomplimentierten Unabhängigen und Kommunisten beim Wiederbeginn der unterbrochenen Verhandlungen das Gebot nicht hielten und wieder lustig in den Saal rschierten. Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben rden, versuchte Herr Löbe den Streitfall mit den Komnisten hinter der Szene gütlich zu regeln, hatte aber keinen folg damit. Im Gegenteil, die äußerste Linke erklärte, ren Genossen Remmele decken und in die schärfste Obstruktn treten zu wollen. Impromptu.

*

Im allgemeinen ist dieser Zwischenfall nur ein Reflex jener neren Erregung, die in allen Kreisen des Parlaments infolge r unerquicklichen innen- und außenpolitischen Vorgänge chzittert. Kein Mensch weiß, ob sich das Kabinett behaupten rd oder nicht. Im letzten Grunde seines Herzens wünscht emand den Sturz Dr. Stresemanns, da alle, bange, sich agen, was danach kommen soll. Die Möglichkeiten eines rlamentarischen Kabinetts sind, will man nicht zur alten ationalversammlungs-Koalition zurückkehren, so gut wie sgespielt. Bleibt dann wirklich nur die Auflösung? Oder t, abgesehen von dem abzuweisenden Gedanken einer Militärdiktatur, noch ein farbloses Beamtenministerium als Uebergangsstadium denkbar? Unseres Erachtens sollte man mit iesem Feuer nicht spielen. Die Spuren des Herrn Kahr, als er, nach dem Münchener Kapp- tsch, eine „harmlose“ Beamtenregierung konstituierte, schrecken. Bis zur Stunde ist noch von keiner Partei ein Vertrauens- oder Mißtrauensantrag ingebracht. Nur eine sozialdemokratische Resolution egt vor, welche die Aufhebung des militärischen Ausnahmeustandes verlangt. Die Sozialdemokraten werden vermutich nicht für das deutschnationale und die Deutschnationalen icht für das sozialdemokratische Mißtrauensvotum stimmen, eil die Motivierung der jeweils anderen Partei unannehmbar ist. Wie aber, wenn die Kommunisten, um sich für den Fall Remmele zu rächen, einen Antrag vorlegen, der, ohne jede Motivierung, sich lediglich darauf beschränkt, dem Kabinett das Mißtrauen auszusprechen? Wie wird sich dann die Rechte, wie wird sich dann die Sozialdemokratie verhalten, wenn sie vor die bloße Tatsache des Ja oder Nein, des Entweder — oder gestellt ist? Oder wenn, in Umkehrung aller Werte, die Kommunisten, aus bloßer Verärgerungstaktik, gar ein unmotiviertes Vertrauensvotum dem Hause unterbreiten, um so, indirekt, das Kabinett zu stürzen, da dafür keine Mehrheit zu erzielen wäre, auch wenn die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte in diesem Falle gezwungen wäre, geschlossen bejahend zu stimmen? So viel Fragen, so viel Antworten des Zweifels. Ungewiß liegt die nächste Zukunft. Andante cantabile.

*

Die Opposition der Linken und der Rechten, die die Debatte einleitete, war bei aller Entschiedenheit des Tones doch gemäßigt. Beide, sowohl die Sozialdemokraten als auch die Deutschnationalen, legten sich unverkennbar eine gewisse Reserve auf. Die Demagogie hatte man in Fesseln geschlagen. (Allerdings fehlte Dr. Helfferich.) Herr v. Graefe, der sonst leicht wie Selterlimonade aufbraust, beobachtete nur, lächelte mitunter in seinen Spitzbart, schleuderte aber keine Giftgeschosse ab. Möglich, daß er den Köcher nicht frühzeitig leeren wollte. Der Abgeordnete Wels von der Sozialdemokratie ging mit dem Kabinett scharf ins Gericht, forderte die schleunige Beseitigung des militärischen Ausnahmezustandes, beleuchtete das (noch immer) unhaltbare Finanz- und Steuerwesen, kritisierte das Gebahren der Rentenbank und beschäftigte sich zu guter Letzt eingehend mit der Rhein- und Ruhrfrage. Zusammenfassend war die Zensur, die er der Regierung erteilte, ungenügend. Dr. Hergt, der für die Deutschnationalen in die Arena trat, sprudelte, wie immer fortwährend mit den Händen gestikulierend, seine Sprüche in flinker Folge heraus: Die Kabinettskrise ist chronisch. Das Kartenhaus ist gefallen, jetzt muß auch der Kanzler fallen. Ein Kurswechsel ist, nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung, nicht zu spüren. Die Einstellung bleibt marxistisch. Der bayerische Ordnungsstaat verdient unsere Anerkennung. Und so fort im Text. Das alte Lied, das nun schon auf tausend Grammophonplatten der deutschnationalen Presse abgeleiert ist. Und doch, jetzt bringt er einen neuen Ton in seine alte Melodie. Er verbreitet sich über den deutschnationalen Zukunftsstaat. Alles horcht auf: Wir denken nicht daran, den Feuerbrand in Europa zu entfachen, aber ... Wir wollen eine soche Regierung nicht mit einem Streit um die Staatsform beginnen, aber ... Wir wollen nicht das Parlament beseitigen, aber ... Und wie Faust zu den Müttern, steigt Hergt (in dem auch schon einmal zwei Seelen, ach, in der Brust wohnten, als er für ein Zusammengehen der Deutschnationalen mit den Sozialdemokraten plaidierte) dann zu den „Kraftquellen des deutschen Volkes“ hinab. Wie in der Tragödie schließt sich darauf, als er sich die Stufen hinabtastet, der Vorhang. Scherzo.

*

Nun spielte sich jener Zwischenfall ab, von dem eingangs die Rede war. Die Stunde verrann allmählich. Die Glockenzeichen ertönten. Die Sitzung begann von neuem. Der Präsident teilte mit, daß tatsächlich, und zwar auf seine ausdrückliche Anordnung hin, Kriminalbeamte außerhalb des Hauses sich befänden, um jedweden Anschlag gegen das Parlament, nach früheren Erfahrungen, zu vereiteln. Das richte sich gegen keine Partei. Die sozialdemokratische Fraktion stellte sich rückhaltlos hinter Herrn Löbe. Der Abgeordnete Dittmann gab eine entsprechende Erklärung ab. Der Kommunist Koenen ließ all das aber nicht gelten. Er sah das Gespenst der Militärdiktatur dahinter. Wiederum Lärmszenen. Der Reichskanzler raffte bereits sein Manuskript zusammen, um endlich — endlich seine Rede zu halten. Da begab sich der Deutschnationale Schulz (Bromberg) zum Präsidium und machte es darauf aufmerksam, daß der Abgeordnete Remmele trotz des Ausschlußgebots im Saale sei. Herr Löbe schien ihn anfangs übersehen zu wollen, um des lieben Friedens willen. Nun muß er amtlich Einspruch erheben und vertagt, da er Gewaltmittel nicht anwenden will, die Sitzung kurzerhand auf Donnerstag nachmittag ein Uhr. Die Enttäuschung ist groß. Das Spiel ist aus. Der Saal leert sich — und Herr Remmele verliert (laut Geschäftsordnung) auf acht Tage seine Diäten. Aber wäre die (nicht gehaltene) Reichskanzlerrede nicht mehr als die paar Milliarden Mark wert gewesen? Ritardando.

* * *

Der Verlauf der Sitzung.

Abg. **Wels** (Soz.):

Er bedauert, daß die Erörterungen nicht mit einer Regierungserklärung eröffnet werden. Man wolle die Opposition den Reigen eröffnen lassen. Diese Taktik werde der Regierung aber als Schwäche ausgelegt werden. Es handle sich um eine neue Regierung, die des Vertrauens des Reichstags bedürfe, und die daher zunächst ihr Programm entwickeln müsse. Die Regierung wolle offenbar den Eindruck erwecken, als ob sie die alte Regierung sei. Sie ist aber eine ganz andere, nicht nur wegen der Personalveränderungen, sondern weil sie nicht mehr die Ermächtigungen hat wie das vorige Kabinett. Dabei ist die Zeit unheimlich ernst. Not und Elend machen sich überall breit. **Die Feinde der Republik haben nur einen Schutzengel: Poincaré!** Die Reparationsversuche sind an einem Gegner gescheitert: Poincaré!) Die Arbeiter haben eine gewaltige Arbeit zu erledigen, um die Berge des Hasses abzutragen, die Poincaré zwischen beiden Ländern aufgerichtet hat. Darum sprechen wir der englischen Bruderpartei unseren wärmsten Dank aus (lebh. Beifall links) für ihren Akt internationaler Gerechtigkeit (Lachen rechts) und Solidarität. Leider klafft innere Zerrissenheit überall im deutschen Volke. Hier im Hause ist die Mehrheitsbildung gescheitert an der krassen Hervorkehrung der Klassengegensätze von Ihrer (nach rechts) Seite. Unser Zukunftstraum international sind die Vereinigten Staaten von Europa, national die deutsche Einheitsrepublik. Der Redner verurteilt die Abtrennungsbestrebungen, an denen er den bürgerlichen Parteien die Schuld beimißt. (Lebh. Rufe rechts: Hofmann-Kaisers lautern!) Gegen die Wahnsinnspläne derjenigen, die im Westen ihre Industrieherzogtümer errichten wollen, erheben wir hier laut unsere Stimme. Den Vertrag von Versailles aufkündigen, bedeutet das tun, was der Gegner will, und ihm zum Triumph verhelfen. Brennend empfinde ich die Schande einer Reichsregierung, die bei allen diesen verderblichen und lächerlichen Ereignissen die Rolle des hilflosen Zuschauers spielt. (Beifall bei den Soz. — Zurufe rechts: Zeigner!) Es hat sich ja klar ergeben, daß in München Kahr und Ludendorff offenen Hochverrat begangen haben. (Abg. Hergt (Deutschnat. Vp.): Nehmen Sie nicht das Wort „Hochverrat“ zu oft in den Mund!) Sie werden mich nicht hindern, eine Katze eine Katze zu nennen! (Stürmische Rufe rechts: 1918!) Erinnern Sie nicht daran, 1918 waren Sie ja gar nicht da! Der Redner schildert die Maßnahmen Kahrs gegen die sozialistische Bewegung. Die Sozialisten seien so vogelfrei, wie Ebert und andere Politiker es nach dem Aufruf der Münchener Putschisten sein sollten. Das Schlimmste, was von der Rechten über die sächsischen Zustände behauptet werde, sei geringfügig gegen das, was in Bayern geschehe. Im Ausland hätten diese Vorgänge uns aufs schwerste geschadet. Selbst im Bismarckschen Deutschland seien solche Willkürmaßnahmen des Militärs gegen die Arbeiterschaft nicht möglich gewesen. In die Reichswehr sei die Demoralisation getragen worden dadurch, daß ein meuternder General in seinen Befugnissen noch gestärkt wurde. Wo bleibe da die deutsche Treue? (Gelächter rechts und Zurufe: 1918!) Wir haben eine andere Anschauung von Mannesmut! Ludendorff und Kahr hätten Mannesmut lernen sollen von der weißhaarigen Frau des Genossen Auer, der die Pistole auf die Brust gesetzt wurde und die doch den Aufenthalt ihres Mannes nicht verriet! (Beifall bei den Soz.) Der Redner schildert weiter die Mißhandlungen der greisen Bürgermeisterseheleute Schmidt und anderer, gegen die die Taten der Räterepublik zurücktreten müßten. Herr v. Kahr habe Hitler und Genossen, die solche Taten vollbrachten, stets unterstützt. Niemals sei ein System so verlogen gewesen wie dasjenige Kahrs. Durch die von Kahr geduldeten und veranlaßten Judenverfolgungen seien nur außenpolitische Verwicklungen und politische Repressalien herbeigeführt worden.

Niemals ist die Schwäche der Reichsregierung und, wie ich behaupte, ihr mangelhafter guter Wille, dem Reiche zu geben und dem Reiche zu wahren, was des Reiches ist, so klar vor Augen geführt worden, als in der kläglichen Politik, die der sonst so redefreudige Herr Reichskanzler in äußerster Beschränkung gegenüber den täglichen und stündlichen Verfassungsbrüchen des Herrn v. Kahr an den Tag legt. Herr v. Kahr wollte den Marxismus vernichten. Daran sind schon weit Klügere und Mächtigere gescheitert. Er hat dem Marxismus nicht das geringste Leid angetan, um so schwereres aber dem Deutschen Reich im Innern und seinem Ansehen nach außen. Aber reden wir doch deutlich miteinander: **Diese Schwäche gegen Bayern war nicht notwendig und ist nicht notwendig, sondern sie ist gewollt!** Als am 26. September der militärische Belagerungszustand verhängt wurde, sagte man uns, das sei geschehen, um die bayerische Ausnahmeverordnung zu beseitigen. Aber die Bayern kümmerten sich nicht um das Reichsrecht, der militärische Belagerungszustand den das Reich verhängte, zog sich respektvoll von Bayerns Grenzen zurück, nichts geschah, um ihn in Bayern durchzuführen. Aber man